

Symposium „Unsere Kultur geht auf keine Kuhhaut“, 8. Juni 2022, Angewandte Wien

Rapport Arbeitsgruppe I „Macht- und Wachstumsstrukturen“ und Arbeitsgruppe II „Neue Settings, neue Formate, neue Interaktionsformen“ (Aischa Sane)

11:00 – 12:30

Erste Diskussion in den Arbeitsgruppen

→ **Wie kann Kulturpolitik in Postwachstumsgesellschaften aussehen?**

Die Arbeitsgruppe I moderierte Dr. Anke Schad (Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, AGONART) Die Teilnehmer*innen diskutierten über gesellschaftliche Macht- und Wachstumsstrukturen - und die damit verbundenen Hierarchien - und dessen Auswirkungen auf die Kulturpolitik und den Kulturbetrieb. Dabei wurden zur Anleitung der Diskussion folgende Fragen gestellt:

- Warum werden frische Ideen für die Kulturpolitik nur schwer und langsam in Transformationsprozesse übersetzt?
- Mit welchen Krisen ist die Demokratie sowie die Kulturpolitik konfrontiert?
- Wie kann Gelerntes auf neue Bereiche in der Kulturpolitik angewandt werden
- Wie können unterschiedliche Container aufgemacht werden, um somit zu neuen Erkenntnissen zu gelangen?
- Was macht die Politik mit den Erkenntnissen und dem Gelernten, das ihr vorgetragen wird?
- Wie kann Demokratie wieder streitbarer werden?

Die Teilnehmer*innen stellten sich zu Beginn vor, dazu gehörte ein kurzer **Umriss der eigenen Tätigkeit und inhaltlicher Ausrichtungen**. Viele Teilnehmer*innen sind in Kontexten tätig, wo praktisch ständig eine künstlerische und administrative Auseinandersetzung mit den Auswirkungen von vorherrschenden Machthierarchien stattfindet. **Zentral waren dabei Fragen zu Diversität, Repräsentation, Umverteilung, Macht und Hierarchien, Digitalisierung, Klima und mitunter auch zu sexualisierter Gewalt.**

Inhaltlich widmete sich die Arbeitsgruppe dann zunächst den Transformationsprozessen innerhalb der Kulturpolitik. Die erste Fragestellung in diesem Rahmen lautete: „wie können Ideen und Lösungsansätze, wie sie bei Symposien wie diesen identifiziert und artikuliert werden, in tatsächliche Prozesse der Veränderung für die Kulturpolitik übersetzt werden? Und warum geschieht das bisher nur mühsam?“. Dabei wurden von der Arbeitsgruppe, unterschiedliche Schwierigkeiten identifiziert. Einerseits bestehe in dem Diskurs um die politischen Problematiken im Kulturbetrieb eine rhetorische Übernutzung. Ansätze zur Veränderung würden nicht in ihrer Vollkommenheit umgesetzt, stattdessen würde sich an den wenigen Versuchen zur Reformation des Kulturbetriebs aufgehängt. Weiters seien die administrativen Vorgänge in der Bürokratie voneinander und von den tatsächlichen Geschehnissen im Kulturbetrieb zu isoliert, als dass sich neue Impulse dort manifestieren oder gar von dort ausgehen könnten. Außerdem müssten zuletzt nicht nur die Produktionen des Kulturbetriebs aktuelle gesellschaftliche Konflikte und Neuordnungen aufgreifen, sondern auch die Strukturen des Betriebs selbst. Das bedeute, dass dezidiert Umverteilung nicht nur ein Schlagwort der künstlerischen Auseinandersetzung bleiben dürfe, sondern dass auch die Machthierarchien und der Zugang zu Ressourcen neu gedacht werden müsse. Das bedeute eben auch einen Machtverlust für jene in Machtpositionen,

also weiße Menschen, Männer und mehr. Trotzdem sei eben auch die künstlerische Auseinandersetzung mit den zentralen gesellschaftspolitischen Konflikten nicht ausreichend und fände nicht wirklich auf den großen Bühnen und in den renommierten Kunsthäusern statt. Das müsse sich ändern, Kunst und Kultur müssten realitätsnaher werden.

Demokratie und Machtfragen

Die Diskussion um Hierarchien im Kulturbetrieb und der Kulturpolitik nahm für die Arbeitsgruppe eine zentrale Rolle ein. Kunst könne nur gemacht werden, wenn sie den Mächtigen, also politischen Verantwortlichen, in den Kram passt. Als Beispiel wurde da Elfriede Jelinek benannt. Eine **widerständige Themensetzung komme bei den Mächtigen nicht gut an**, das bezeugten Teilnehmer*innen aus der Arbeitsgruppe auch mit persönlichen Anekdoten. Und trivial wäre das eben nur, wenn eben diese politischen Entscheidungsträger*innen nicht auch den Zugang zu (monetären) Ressourcen kontrollieren würden. In den Räumen, in denen Entscheidungen getroffen werden, brauche es also andere Zusammensetzungen. Es **fehle an Artikulationsmöglichkeiten für Marginalisierte**, denn bisher sei „Diversität nicht vielmehr als ein Schlagwort. Als Schwierigkeit wurde weiterhin identifiziert, dass verbindende Prozesse und Projekte, die zum Ziel haben, den Zugang zu und Output von dem Kulturbetrieb zu diversifizieren, vor allem in der Hochkultur an dahingehend engagierten Personen hänge. Fallen diese Personen weg, bestünden kaum Mechanismen zur Fortführung solcher Kooperationen.

Niederschwelligkeit, oder ein Mangel daran, wurde als ein weiterer Problempunkt identifiziert. Es fehle eine Förderschiene für kulturelle Bildung. Denn Kultur bleibe auch an der Bildung ein Randprogramm an der Schule, wo viele nicht zur Teilnahme verpflichtet sind und persönliche Zugänge fehlen. Künstlerische und kulturelle Zugänge für marginalisierte (junge) Menschen schaffen, das könnten Kulturschaffende nicht allein, und nur mithilfe politischer Förderung, stemmen. Gleichzeitig habe der Kulturbetrieb eben das lange Zeit vernachlässigt. Außerdem werde Kultur vererbt, und in dem Prekariat gehe die Kunst verloren oder könne gar nicht erst gefunden werden. **Kunst schaffen bleibe also eine ökonomische Frage und ein Privileg.**

Moralistische Debatten in der Gesellschaft zu sozialer Ungerechtigkeit und Missständen müssten - auch trotz aller Kritik an den Diskussionen an sich - im Kulturbetrieb ihren Platz finden. Die Aufgabe der Kulturschaffenden sei es, eine **Basis herzustellen, die ein Diskutieren über Probleme und das Identifizieren von Lösungen ermöglicht**. Eine **Moralisierung helfe aber ja sowieso weder der Kulturpolitik, noch dem Diskurs**. Das bürgerliche Subjekt ist nicht perfekt. Politische, strukturelle Kämpfe und Perspektiven dürften in moralistischen Diskursen nicht untergehen.

Dahingehend zeichne sich aber auch ganz klar eine Verteidigung des Status Quo ab und gerade rechte Netzwerke hielten jeden Fortschritt gezielt und organisiert auf.

Bürokratie:

Eben diese identifizierten Tendenzen im gesellschaftspolitischen Diskurs zeichneten sich auch in bürokratischen Prozessen ab. Bei **Förderungsanträgen** sollten also sowohl **bürokratische als auch inhaltliche Parameter** eine Rolle spielen. Zum Beispiel sollten Produktionen zur Förderung gewisse Quoten erfüllen, um Förderungen erhalten zu können. Außerdem stellten Magistrate und andere Geldgeber*innen derzeit kaum **Formulare in unterschiedlichen Sprachen** zur Verfügung, was vielen Personengruppen das Schaffen von Kultur erschwert. Man als Kulturschaffende Partei nicht selten ein Stück der eigenen Identität verkaufen, um sich den Standards der Geldgeber*innen anzupassen.

Hierarchien und Reproduktion dieser im Kulturbetrieb

Diese gesellschaftlichen Machthierarchien wirkten sich in Folge auch darauf aus, wie marginalisierte Kulturschaffenden ihre Kunst gestalten (können). **Behörden, die für den Kulturbetrieb zuständig sind, verstünden den künstlerischen Zugang zu Selbstidentifikation nicht.** Man müsse sich also auch künstlerisch in eine Schublade drängen lassen, um an jene Ressourcen zu kommen, die in ebendiesen Schubladen liegen. Dabei entstehe ein innerer Zwiespalt, denn ungewollt müsse man sich einiges zuschreiben lassen um in eine Gesellschaft zu passen, die diese Zuschreibungen anstellt.

14:30 - 16:30

Zweite Diskussion in den Arbeitsgruppen am Nachmittag

Am Nachmittag wurden die Arbeitsgruppe I „Macht- und Wachstumsstrukturen“ und die Arbeitsgruppe II „Neue Settings, neue Formate, neue Interaktionsformen“ zusammengeführt. Die Teilnehmer*innen legten die Erkenntnisse aus ihren Arbeitsgruppen vom Vormittag dar, um auf dieser Grundlage Lösungsansätze für die identifizierten Problematiken in der Kulturpolitik zu entwickeln.

Dabei lautete die Leitfrage: **wie kommt man zu neuen Formaten und Machtverhältnissen?** Die Ideen der Arbeitsgruppe ließen sich in unterschiedliche **Cluster** unterteilen:

1. Kommunikation

Wichtig sei vor allem, **in welcher Form der Austausch im und um den Kulturbetrieb stattfindet.** Kulturschaffende müssten sich zusammensetzen und reden, es brauche also **gut strukturierte Kommunikation.** Außerdem müsse sie einerseits niederschwellig, aber auch „von unten nach oben“ stattfinden. Weiters brauche es **Funktionen zur Übersetzung** an unterschiedlichen Schnittstellen in der Kulturpolitik, beispielsweise zwischen Kultur und Bürokratie.

2. Zeit, Priorisierung von Handlungsabläufen

Zeit wurde in der Diskussion als zentraler Punkt angeführt. Der Kulturbetrieb müsse sich wiederfinden und **neu definieren, was seine tatsächliche Aufgaben sind.** Daraus könne sich ein **Potenzial zur Gesellschaftskritik** entwickeln. Und gerade an der Stelle bräuhete es **Beharrlichkeit**, also Menschen, die an Themen und Projekten dranbleiben und andere zusammenbringen. Zeit müsse sich genommen, und gewisse Schwerpunkte priorisiert werden.

3. Kultur und (Aus)Bildung

Kritische (politische) Bildung müsse die **Basis für einen gesellschaftskritischen, Kulturbetrieb** sein, der am Puls der Zeit agiert. Und diese **Aufgabe und Verantwortung der politischen (Aus-)Bildung** dürfe nicht nur Schulen, sondern auch Kulturinstitutionen überlassen sein. Und nicht nur die Qualität der politischen Bildung wird als Problem identifiziert, Studierende würden mit aktuellen Curricula auch auf einen veralteten Musikbetrieb vorbereitet. Das müsse sich ändern.

4. Räume zum Herumprobieren - Mehr Scheitern, weniger Perfektionismus

Der Kulturbetrieb brauche **mehr kritisches Herum-Experimentieren** und eine **gesunde Fehlerkultur.** Das Scheitern müsse wieder mehr zugelassen werden. Also müsse es **mehr Raum für Try Outs** geben, und einen offenen Umgang damit, dass der Kulturbetrieb es nicht in allen Belangen so richtig wisse und sich **gewisse Erkenntnisse noch erarbeiten** müsse.

5. Grenzen und Container aufmachen - Status Quo hinterfragen

Es gelte auch, **die Aufhebung des Status Quo durch ein Öffnen von Grenzen und Containern zu ermöglichen**. Dabei müsse man folgende Fragen stellen: was wird gezeigt und wie entstehen Produktionen? Für den Wandel bräuchte es daher eine **Basis für experimentelle Projekte und mehr Räume für Transdisziplinarität** - Grenzen, wie es sie beispielsweise in der Förderung durch unterschiedliche Schienen gibt, seien nicht zeitgemäß. In Folge müssten intersektionale und interdisziplinäre Ansätze also vermehrt den Ausgangspunkt darstellen. **Es brauche dahingehend offen kuratierte Fördergelder, die nicht nur in einer Kategorie bleiben müssen**. Weiters wurde an dieser Stelle der Stichpunkt „Cross-sektorales Benchmarking“ angeführt, das stünde konkret für **Kooperationen mit Bubbles außerhalb und innerhalb des eigenen Kosmos**.

6. Solidarität, Kooperation und Vernetzung als Ethikfrage → Umverteilungsgedanke

Den vielen **angeführten Strukturen der Marginalisierung in Kulturbetrieb und -politik**, ließe sich wohl entgegenwirken, indem **solidarisch mit der Ressource Raum** umgegangen wird. Denn Räume zum Ausprobieren und Wirken stünden nicht allen Kulturschaffenden zur Verfügung. Es brauche also **häufiger Kooperationen und Ko-Produktionen von Institutionen mit Zugang zu Räumlichkeiten und solchen, die keinen Zugang haben**. Der **Umverteilungsgedanke** solle also auch im Kulturbetrieb Einzug finden.

7. Zielgruppen, Austausch - Dichotomie Publikum vs Bevölkerung

Zuletzt sei die Förderung von Diversität auch in vorhandenen Strukturen von großer Bedeutung. Dabei müsse sich im Kontext **politischer und künstlerischer Teilhabe von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen** die Frage gestellt werden, auf wen sich kulturpolitische Bestrebungen tatsächlich beziehen. **Kultur müsse also nahbar und politisch sein**, also für alle da. Im Vordergrund solle die **Partizipation einer Bevölkerung stehen, nicht die eines Publikums**.

Als letzte zentrale Frage kristallisierte sich diese heraus: Wie können nachhaltig Netzwerke geschaffen und gepflegt werden?

Dabei wurden folgende Leitsätze für die Zukunft identifiziert:

- Haltung muss mehr als ein Stichwort im Kulturbetrieb sein dürfen.
- Es braucht Dialogbereitschaft.
- Der Austausch selbst kann auch schon ein Ziel sein.
- Vernetzung darf nicht nur ein operativer Gedanke sein, sondern sie soll zum Zweck der Vernetzung selbst stattfinden. Aus einem zwischenmenschlichen Aspekt und Motiv heraus, statt aus einem rein neoliberalen Antrieb.
- Kulturschaffende dürfen und müssen einander in unterschiedliche Settings einladen, um voneinander zu lernen.
- Wenn tatsächlich politisch etwas bewirkt werden soll, müssen Stimmen gebündelt werden.